

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses der
Stadt Lüdenscheid**

am 23.03.2011

im Ratssaal

Anwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Jens Holzrichter	FDP	
Erster Stellvertretender Bürgermeister Otto Bodenheimer		
Bündnis 90/Die Grünen		
Ratsherr Gordan Dudas MdL	SPD	abwesend während der TOP 2 und 3.1 des n.ö. Teils
Ratsfrau Christel Gabler	CDU	
Ratsfrau Karin Hertes	SPD	
Ratsfrau Sandra Knoblauch	SPD	abwesend während der TOP 2 und 3.1 des n.ö. Teils
Ratsfrau Britta Rogalske	CDU	bis 19:53 Uhr
Ratsherr Dietmar Skowasch-Wiers	DIE LINKE	
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	
Herr Adolf Triffo	Lüdenscheider	Vertreter für Ratsherrn Peter Biernadzki
Liste		
Ratsherr Jens Voß	SPD	Vertreter für Ratsherrn Ingo Diller
Ratsherr Hansjürgen Wakup	CDU	
Ratsherr Björn Weiß	CDU	
Ratsherr Rüdiger Wilde	CDU	Vertreter für Ratsherrn Heinz-Rüdiger Ochel abwesend ab dem n.ö. Teil der Sitzung
Ratsherr Michael Wülfrath	FDP	Vertreter für Herrn Dominik Petereit
Frau Karin Löhr	SPD	

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Thomas Funk	Fraktionslos	
Herr Martin Kornau	Fraktionslos	bis 19:38 Uhr

Verwaltung:

Herr Martin Bärwolf
Herr Frank Kusmirtz
Herr Dieter Rotter
Herr Edgar Weinert
Herr Hans-Jürgen Badziura
Herr Peter Dilks
Herr Hans Huya
Herr Klaus-Peter Welter
Frau Kirsten Grunau
Herr Christian Hayer
Klaus-Martin Pandikow

Behindertenbeauftragter

Frau Yvonne Schubert
Frau Elisabeth Wilfart
Frau Andrea Wunderlich

Schriftführung:

Frau Tessa Rosenau

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Peter Biernadzki	Lüdenscheider
Liste	
Ratsherr Ingo Diller	SPD
Ratsherr Heinz-Rüdiger Ochel	CDU
Herr Dominik Petereit	FDP

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Ismail Yaman	Liste der SPD
-------------------	---------------

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:05 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

Ein Anwohner der Straße „Buckesfelder Ring“ meldet sich zu Wort bezüglich des TOP 5 „Straßenausbauprogramm nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG-Programm)“. Vorsitzender Holzrichter schlägt vor, seine Wortmeldung bei der Beratung des TOP 5 aufzunehmen. Der Anwohner ist damit einverstanden.

2. Barrierefreiheit bei zukünftigen Baumaßnahmen

Herr Pandikow, Behindertenbeauftragter, bittet um Beachtung, dass zukünftige Baumaßnahmen möglichst barrierefrei durchgeführt werden. Herr Pandikow verteilt an die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses Informationsblätter, die auf zu beachtende Regelungen und Gesetze hinweisen. Die Informationsblätter sind der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

Herr Pandikow führt aus, dass die Barrierefreiheit nicht nur für behinderte Menschen, sondern auch der zunehmend älter werdenden Gesellschaft vorteilhaft wäre. Herr Pandikow zeigt die bisherige Problematik im Bereich der Barrierefreiheit anhand von Beispielen auf. Schwieriger gestalte sich die Umsetzung der Barrierefreiheit bei bereits bestehenden Gegebenheiten. Aber auch hier müsse versucht werden, den Bestand mit den Vorschriften in Einklang zu bringen.

Der Bm habe sich für eine Verbesserung der Kommunikation zwischen den beteiligten Stellen und Herrn Pandikow ausgesprochen, so dass zukünftig eine verbesserte Barrierefreiheit erwartet werden kann und Nachbesserungen und dadurch verursachte

zusätzliche Kosten vermieden werden könnten. Herr Pandikow lobt die Stadtverwaltung für die bisherige Unterstützung.

Des Weiteren lädt Herr Pandikow herzlich zum Aktionstag am 07.05.2011 auf dem Stern Platz ein. Hier bestehe die Möglichkeit, u.a. eine erhebliche Sichteinschränkung mit Hilfe einer speziellen Brille zu erleben.

Für Fragen und Antworten stehe Herr Pandikow gerne zur Verfügung. Immer mittwochs zwischen 11.00 und 13.00 Uhr sei er im Zimmer 239 des Rathauses aufzufinden.

3. Benennung des Platzes zwischen Schillerstraße und Jockuschstraße Vorlage: 053/2011

Ohne weitere Beratung fassen die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses folgenden

Beschluss:

Der Platz zwischen Schillerstraße und Jockuschstraße wird in „Rosengarten“ benannt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	-
Enthaltungen:	-

4. Legendenschilder für vier Straßennamen im Bereich Vogelberg Vorlage: 054/2011

Ratsherr Voss erklärt, dass Herr Dr. Simon darauf hingewiesen habe, dass Herr Wilhelm Kattwinkel nicht wie in der Vorlage beschrieben, sondern in der Zeit von 1947 bis 1949 Ortsvorsitzender der Lüdenscheider SPD gewesen sei.

Vorsitzender Holzrichter bittet darum, dass bei „von/bis“-Bezeichnungen kein Bindestrich verwendet, sondern das Wort „bis“ ausgeschrieben werden sollte.

Auf Anfrage des Ratsherrn Bodenheimer erklärt Herr Rotter, Amt für Bauservice und Bauordnung, dass sich die Kosten pro Schild auf maximal 200,00 € belaufen würden.

Ratsherr Skowasch-Wiers gibt bekannt, dass die Fraktion „DIE LINKE“ die Kosten für zwei weitere Legendenschilder übernehmen würde.

Ebenfalls Ratsherr Dudas erklärt, dass auch die Fraktion „SPD“ die Kosten für zwei weitere Legendenschilder übernehmen würde.

Die Fraktionen sollen sich wegen des weiteren Verfahrens mit Herrn Rotter in Verbindung setzen.

Beschluss:

Die sieben Legendenschilder für vier Straßennamen im Bereich Vogelberg werden mit folgender Änderung

- Wilhelm-Kattwinkel-Straße:
(1900 – 1980), Widerstandskämpfer, Vorsitzender der Lüdenscheider SPD von 1947 bis 1949

in Auftrag gegeben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	-
Enthaltungen:	-

5. Straßenausbauprogramm nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG-Programm) Vorlage: 055/2011

Die Sitzung wird für eine Wortmeldung aus dem Besucherbereich unterbrochen.

Ein Anwohner der Straße „Buckesfelder Ring“ erörtert seine persönliche Grundstückssituation in Bezug auf das KAG-Programm. Seine Fragen werden von Herrn Rotter, Amt für Bauservice und Bauordnung, weitestgehend beantwortet. Da es sich bei der Prioritätenliste der KAG-Maßnahmen vorerst um eine generelle Rangfolge der neu herzustellenden Straßen handeln würde, die sich im Laufe der nächsten Jahre auch durchaus noch ändern kann, können die Fragen zu konkreten Einzelmaßnahmen jetzt noch nicht detailliert beantwortet werden. Beim „Buckesfelder Ring“, dessen Ausbau erst in einigen Jahren vorgesehen sei, würde rechtzeitig vor Beginn der Maßnahme eine Anliegerinformationsveranstaltung stattfinden, auf der spezielle Fragen dann eingehend beantwortet werden können.

Aufgrund einer Anfrage des Rats Herrn Wakup erklärt Herr Rotter, dass die Stadt die anstehenden Baumaßnahmen mit den Versorgungsträgern abstimmen würde. Nach Rückmeldung des entsprechenden Versorgungsträgers würde beiderseits geprüft, ob Maßnahmen zusammen gefasst werden könnten, um später einen unnötigen, erneuten Aufbruch der Straße zu vermeiden.

Beschluss:

Die Prioritätenliste des Straßenausbauprogramms nach dem Kommunalabgabengesetz wird in der als Anlage beigefügten Form beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	-
Enthaltungen:	-

6. Abschaltung von Straßenbeleuchtung außerhalb der Ortslage zur Senkung der Energie- und Wartungskosten

Vorlage: 032/2011

Die Sitzung wird für eine Wortmeldung aus dem Besucherbereich unterbrochen.

Ein Anwohner der Lösenbacher Landstraße verliest Beschwerden bezüglich der Ausschaltung der Straßenbeleuchtung im Bereich „Lösenbacher Landstraße 10 bis 138“. Der Beschwerdebrief sowie eine Liste von Unterschriften der Personen, die gegen die Abschaltung sind, sind der Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt. Der Anwohner der Lösenbacher Landstraße bittet die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses um Zurückstellung der Entscheidung.

Die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses äußern ebenfalls Ihre Sorgen und Bedenken bezüglich der Abschaltung in der Lösenbacher Landstraße 10-138; vor allem weil sich in diesem Straßenabschnitt keine Bürgersteige befinden würden.

Frau Schubert, Stadtreinigungs-, Transport und Baubetrieb Lüdenscheid, erklärt daraufhin, dass laut Landesbetrieb Straßen NRW in den Unfallbildern des betroffenen Bereiches keine Unterschiede bezüglich der Wildunfälle bei an- oder abgeschalteter Beleuchtung zu erkennen seien.

In Bezug auf das Alter der Leuchten erklärt Frau Schubert, dass die meisten Leuchten in der Lösenbacher Landstraße aus dem Jahr 1987 stammen. Die Leuchten, die 2004 erneuert worden seien, würden mit einem 125 Watt-Koffer mit gelben Leuchten betrieben. Diese seien anders nicht mehr verwendbar und würden auch zukünftig nicht mehr eingesetzt. Die Nennung aller Jahreszahlen bezüglich des Alters der einzelnen Leuchten sei aufgrund der fehlenden weiteren Verwertbarkeit der Leuchten sowie zur Übersichtlichkeit der Vorlage vermieden worden.

Des Weiteren würde die Abschaltung der Beleuchtung nach Aussage der Polizei keine Wirkung auf Zu- oder Abnahme der Raserei zeigen. In diesem Zusammenhang könnten bei Bedarf Messungen durchgeführt werden.

Frau Schubert stimmt zu, dass die Beleuchtung für Fußgänger sicherlich hilfreich sei. Fokussiert seien Zählungen zwischen 6 und 8 Uhr durchgeführt worden, da sich Kinder zu dieser Zeit üblicherweise auf dem Schulweg befinden würden. Hinsichtlich der dort ansässigen Firma sei mit den Zählungen um halb 7 begonnen worden. Fußgänger seien, wie in der Vorlage beschrieben, nicht beobachtet worden.

In Bezug auf den Vorschlag der nächtlichen Abschaltung der Beleuchtung erklärt Frau Schubert, dass dies durch den Einbau eines Controllers im Rahmen eines Telemanagementsystems erfolgen würde. Der Einbau eines Controllers würde ungefähr 300 € pro Leuchte kosten. Die EU-weite Ausschreibung für das Telemanagementsystem würde zurzeit vorbereitet.

Energiebezogen würde die Stadt Lüdenscheid bei einer nächtlichen, fünfstündigen Abschaltung der Straßenbeleuchtung im betroffenen Bereich der Lösenbacher Landstraße pro Leuchte 40 € im Jahr einsparen. Bei 20 Leuchten im betroffenen Bereich sei also mit Einsparungen von insgesamt 800 € im Jahr zu rechnen. Bei Erhalt der Leuchten müssten diese saniert werden, was zusätzliche Kosten von 600 € bedeuten würde. Zudem würden die Wartungskosten weiterhin fällig.

Bezüglich des Vorschlages, jede zweite Laterne auszuschalten, erklärt Frau Schubert, dass aufgrund der großen Abstände der Laternen Dunkelbereiche entstehen würden. In diesen Dunkelbereichen würden Fußgänger schlechter gesehen, als wenn die Beleuchtung komplett abgeschaltet würde. Da die Gleichmäßigkeit des Lichts zur Senkung des Gefahrenpotenzials sehr wichtig ist, soll diese Variante nicht durchgeführt werden.

Ratsherr Dudas beantragt die Zurückstellung und eine Überarbeitung der Vorlage, insbesondere hinsichtlich der Prüfung des Kompromissvorschlags über die nächtliche Abschaltung der Beleuchtung.

Frau Löhr bittet die Verwaltung, die Möglichkeit zur Annahme einer Patenschaft für die Leuchten zu prüfen.

Frau Schubert schlägt vor, die „kritischen“ Straßen vorerst wieder einzuschalten, bis diese im Rahmen der Sanierung mit einem Controller des Telemanagementsystems ausgestattet würden. Dann sei in diesen Straßen eine Dimmung sowie Nachtabschaltung möglich. Die Programmierung könnte auf die einzelnen Gebiete angepasst werden.

Beschluss:

Abweichend von der Vorlage wird die Verwaltung beauftragt, die Beleuchtung in Teilen der Lösenbacher Landstraße, Talstraße, Versestraße sowie Werdohler Landstraße bis zum Einbau eines Controllers des Telemanagementsystems wieder einzuschalten. Nach dem Einbau des Controllers wird in vorgenannten Straßen lediglich eine Nachtabschaltung erfolgen.

Die Beleuchtung in Teilen der Heedfelder Landstraße, Herscheider Landstraße, Rahmedestraße und Volmestraße werden nach Vorlage endgültig abgeschaltet und mittelfristig abgebaut.

Die Beleuchtung in Teilbereichen der Altenaer Straße, Im Wiesental sowie der Talstraße wird gemäß Vorlage wieder in Betrieb genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	4
Enthaltungen:	-

7.1. Schriftliche Berichte

Entfällt!

7.2. Mündliche Berichte

7.2.1. Fahrgastunterstand an der Grundstücksausfahrt der Sportklinik Hellersen

Herr Rotter, Amt für Bauservice und Bauordnung, berichtet, dass im April letzten Jahres 50 Buswartehallen im Lüdenscheider Stadtgebiet ausgetauscht worden seien. Die Buswartehalle an der Einfahrt zur Sportklinik sei beim Austausch näher zur Straße versetzt worden, damit sich diese auf öffentlicher Fläche befinde und ein besserer Sichtkontakt zwischen Bus und Fahrgästen bestehe. Aufgrund dessen seien, trotz der Einhaltung der verkehrsrechtlichen Vorgaben bei Aufstellung der neuen Buswartehalle, Beschwerden über die verschlechterte Einsicht in den Straßenverkehr für PKW-Fahrer aus der Grundstückseinfahrt des Sportklinikums eingegangen. Die Verwaltung habe hierzu auch eine Unterschriftenliste mit 120 Unterschriften der direkt Betroffenen erhalten. Nach eingehender Prüfung durch die Verwaltung sei festgestellt worden, dass ein Umbau oder eine Versetzung der Buswartehalle technisch und finanziell aufwändig und nur mit zweifelhaftem Ergebnis möglich gewesen wäre. Demnach seien der vollständige Abbau oder der Erhalt des derzeitigen Standortes der Buswartehalle die möglichen Alternativen gewesen. Da die nächste Buswartehalle lediglich 140 Meter vom Sportklinikum entfernt liegen würde, seien die Beschwerdeführer übereinstimmend der Auffassung gewesen, dass die Buswartehalle an der Einfahrt zur Sportklinik abgebaut werden soll. Der Unterstand sei mittlerweile auch bereits demontiert und alternativ in der Altenaer Straße, vor dem Toom-Markt, aufgestellt worden.

7.2.2. Sachstand Parkpalette Corneliusstraße

Vorsitzender Holzrichter begrüßt Herrn Architekt Rüdiger Wilde, der mit der Neuplanung der Parkpalette Corneliusstraße beauftragt worden sei.

Herr Wilde stellt anhand einer Animation die grundsätzliche Planungsidee vor.

Die Zufahrten zu dem dreigeschossigen Bauwerk sollen an der Corneliusstraße sowie an der Hermannstraße erhalten bleiben. Die Parkpalette soll aufgrund der notwendigen Abstandflächen ungefähr 3,50 Meter vorgerückt werden, so dass sich rückwärtig eine neue Zufahrt für Anwohner ergeben würde, die dadurch ihre eigenen Parkplätze gesondert anfahren können. Die bisherigen Betonrampen für diese Anlieger könnten aufgrund der zusätzlichen Zufahrt entfallen, so dass eine volle Nutzung des oberen Parkdecks möglich werde.

Mit 154 Stellplätzen soll es acht Plätze mehr als auf der alten Parkpalette geben. 54 Stellplätze sollen im Untergeschoss sowie jeweils 50 Stellplätze im Zwischen- und Obergeschoss entstehen.

Das Schallschutzkonzept für eine öffentlich gewidmete Fläche muss noch erstellt werden.

Herr Wilde betont, dass sich die Ausschreibung sowie die Vergabe des Auftrages aus finanziellen Gründen an der Vorgabe eines einfachen Zweckbaus orientieren müssen. Gestalterische Aspekte können deshalb nicht im Vordergrund stehen. Derzeit werde im Rahmen der Ausschreibung ein Generalunternehmer gesucht.

Die Sitzung wird für eine Wortmeldung des Herrn Pandikow, Behindertenbeauftragter, unterbrochen.

Aufgrund der Anfrage des Herrn Pandikow erklärt Herr Wilde, dass Behindertenparkplätze im vorderen Bereich des Obergeschosses sowie am Notausgang eingerichtet werden sollen, ebenso im Zwischengeschoss am Notausgang sowie an der Einfahrt. Die Steigungen vor Ort sollen so bleiben wie derzeit gegeben.

Die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses sind mit der vorgestellten Planung der Parkpalette Corneliusstraße einverstanden.

Aufgrund von Anfragen des Rats Herrn Dudas sowie Ratsfrau Gabler erklärt Herr Wilde, dass die Ecken und Notausgänge offen und einsehbar gestaltet werden sollen. Aus Kostengründen soll bei der Bepflanzung lediglich „Stadtgrün“ verwendet werden, welches bis zu 70 Zentimeter hoch wachsen kann. So sollen bisherige „Angsträume“ beseitigt und neuen vorgebeugt werden.

In Bezug auf die Anfrage des Rats Herrn Bodenheimer erklärt Herr Wilde, dass im Rahmen der Ausschreibung beschrieben würde, dass der Verein „Altstadtparken“ sich zu einer bestimmten Zeit eine bestimmte Anzahl von Stellplätzen für einen Pauschalbetrag sichern kann. Herr Kuschmirtz, Zentrale Gebäudewirtschaft, fügt hinzu, dass diesbezüglich noch eine Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Vereins „Altstadtparken“ erfolgen werde.

Bezüglich der Bauweise erklärt Herr Kuschmirtz, dass die Kostendeckung im Vordergrund stehen würde. Sollte es nach der Ausschreibung noch Spielraum zur Erweiterung der bisherigen schlichten Bauplanung geben, sollen die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses darüber informiert werden. Der Ausschreibung würde in Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt ein öffentlicher Teilnahmewettbewerb vorhergehen, durch den 6-7 Wochen Bearbeitungszeit eingespart werden können. Herr Wilde erklärt, dass mit einer Fertigstellung der Parkpalette Corneliusstraße im November 2011 zu rechnen sei.

7.2.3. Beschilderung Bahnhof ZOB/ Hermann-Reitz-Platz

Herr Weinert, Amt für Wirtschaftsförderung, Projektsteuerung und Liegenschaften, stellt unter Bezug auf die vom Rat beschlossene Vorlage 085/2010 die Gestaltung des Namensschildes für den „Hermann-Reitz-Platz“ vor. Das 1375 x 300 mm große Namensschild soll über der dortigen Vitrine angebracht werden. Das Schild würde beidseitig lesbar sein. Für den Schriftzug „Hermann-Reitz-Platz“ soll die Lüdenscheider Schriftart „Futura“ in weiß mit einem blauen Hintergrund verwendet werden. Insgesamt würde das Schild ca. 950 € brutto kosten.

8. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

8.1. Bekanntgaben

8.1.1. Geschwindigkeitsmessungen Brüninghausen

Herr Hayer, Amt für Stadtplanung, führt aus, dass eine Anwohnerin der Versestraße zwischen Augustenthal und Brüninghausen im Mai 2010 den Landesbetrieb StrNRW um Einrichtung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h gebeten habe.

Da aus verkehrlicher Sicht eine Streckenbeschilderung mit 30 km/h an einer anbaufreien Landstraße nicht den Belangen einer leistungsfähigen Verbindungsstraße gerecht würde, sei hier die Möglichkeit einer Geschwindigkeitsbeschränkung auf 50 km/h zu prüfen gewesen.

Um den Bedarf und die Einflussmöglichkeiten einer solchen Beschilderung zu ermitteln, sei durch die Verkehrsabteilung an 4 Messquerschnitten die Geschwindigkeit richtungsabhängig mittels Seitenradarmessgerät erhoben worden. Die Auswertung der Daten habe dabei ergeben, dass 85% der Fahrzeuge langsamer als 60 km/h gefahren seien.

Diese Daten seien dem Landesbetrieb zur weiteren Abstimmung und Stellungnahme vorgelegt worden.

Des Weiteren würden die vorliegenden Unfalldaten keine Unfallhäufungsstellen ausweisen. Lediglich im Jahr 2009 seien 4 Unfälle (2 x bei Nässe, 1 x bei Winterglätte, 1 x unter Alkoholeinfluss) in einem eingrenzbaeren Bereich festgestellt worden. Es würde sich hierbei um die erste Rechtskurve aus Augustenthal kommend handeln. Im fraglichen Streckenabschnitt sei in den vorangehenden Jahren (2007 - 2008) kein Unfall festgestellt und in den beiden Folgejahren (2010 - 2011) lediglich ein Unfall aktenkundig geworden. Zudem habe sich nach Aktenlage im gesamten Untersuchungsraum kein Unfall mit Fußgängerbeteiligung ereignet. Der Streckenverlauf sei als übersichtlich zu beurteilen; auf die vorhandenen Gefahrenstellen sei bereits mittels Beschilderung aufmerksam gemacht worden.

Eine Reduzierung des Geschwindigkeitsniveaus sei mittels Beschilderung nicht zu erwarten, da derzeit bereits moderate Geschwindigkeiten gemessen worden seien.

8.1.2. Klimaschutzaktion

Herr Badziura, Amt für Stadtplanung, erklärt, dass die Stadt Lüdenscheid aufgrund mehrerer Bürgeranfragen an der Aktion des WWF (World Wide Fund For Nature) am 26.03.2011 teilnehmen möchte. Im Rahmen dieser Aktion würde weltweit an markanten Gebäuden um 20:30 Uhr für eine Stunde das Licht ausgeschaltet. Die Verwaltung prüfe nun, welche Objekte in der Stadt Lüdenscheid ohne zu großen technischen Aufwand für die Teilnahme an der Aktion für eine Stunde ausgeschaltet werden können.

8.1.3. BVA Termine Mai/ Juni

Vorsitzender Holzrichter informiert, dass die Sitzungen des Bau- und Verkehrsausschusses am 04.05.2011 sowie am 01.06.2011 entfallen. Die nächste Sitzung würde dafür am 25.05.2011 stattfinden.

8.2. Beantwortung von Anfragen

8.2.1. Rechtswidriges Abbiegen auf die BFT-Tankstelle in der Altenaer Straße

Die Beantwortung der Anfrage des Rats Herrn Voss in der öffentlichen Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 24.11.2011 ist der Niederschrift als **Anlage 3** beigefügt.

8.2.2. Beschaffenheit des Kopfsteinpflasters in der Hasleystraße

Frau Schubert, Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid, erklärt, dass kurzfristig keine Erneuerungsmaßnahme in der Hasleystraße geplant sei. Die Hasleystraße sei aber in dem Straßenbauprogramm nach KAG-Gesetz enthalten. Darüber hinaus würden keine Haushaltsmittel für eine Erneuerung der Gehweg-Pflasterflächen zur Verfügung stehen.

Der Natursteinpflasterbelag im Gehweg sei sicherlich in keinem guten Zustand, aber abgesehen von den für Natursteinpflasterflächen typischen Eigenheiten (Fugen, keine 100 % Ebenflächigkeit) und den altersbedingten Mängeln sei der Gehweg zurzeit verkehrssicher und gefahrlos begehbar.

8.3. Anfragen

8.3.1. Informationsveranstaltung Parkpalette Corneliusstraße

Rats Herr Bodenheimer fragt an, ob es möglich sei, für die Anlieger der Altstadt eine Informationsveranstaltung in Bezug auf die Parkpalette Corneliusstraße durchzuführen, bei der die Pläne des Herrn Wilde ebenfalls vorgestellt würden.

Herr Kusmirtz, Zentrale Gebäudewirtschaft, erklärt, dass die oben aufgeführte Informationsveranstaltung vor zwei Wochen stattgefunden habe. Die Anwohner seien reichlich vertreten gewesen und hätten sich sehr gut informiert gefühlt.

8.3.2. Schaltung der Fußgängerampel Lösenbacher Landstraße

Herr Sachkundiger Bürger Triffo erklärt, dass die Fußgängerampel an der Lösenbacher Landstr. – Querung „Unterm Freihof“ und „Im Winkel“ – äußerst kurz geschaltet sei. Die Überquerung der Straße sei während der Grünphase für langsame Fußgänger kaum zu

schaffen. Herr Triffo fragt an, ob eine längere Grünschaltung der Fußgängerampel möglich sei.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

8.3.3. Vollsperrung Parkstraße

Ratsherr Thielicke erläutert, dass die Anlieger der Parkstraße samstags aus der Zeitung erfahren hätten, dass ab Montag die Parkstraße zwischen Ziegenkopf und Obere Schlämke voll gesperrt würde. Ratsherr Thielicke sei bereits von Herrn Hayer, Amt für Stadtplanung, auf Rückfrage informiert worden, dass es sich nicht um eine städtische Maßnahme handeln würde. Er fragt an, ob die Verwaltung bei nicht städtischen Maßnahmen, wie hier von einem Versorgungsunternehmen, die Möglichkeit habe, auf das Bauunternehmen einzuwirken, damit bei Vollsperrungen wichtiger Straßen die Anwohner so früh wie möglich informiert würden.

Herr Rotter, Amt für Bauservice und Bauordnung, erklärt, dass es sich um eine größere Maßnahme der RWE AG handeln würde, bei der eine Gasleitung verlegt würde. Herr Rotter stimmt Ratsherrn Thielicke zu, dass die Information der Anlieger im Ergebnis zu kurzfristig erfolgt sei. Allerdings habe die Baubesprechung ebenfalls erst am Freitagmorgen vor der Vollsperrung stattgefunden. Die Kollegin, die die Baustelle betreue, habe somit erst am Freitag kurzfristig die Genehmigung erteilt und alle Maßnahmen ergriffen, damit die Anlieger zumindest am Samstag über die Zeitung sowie die Internetseite der Stadt Lüdenscheid informiert würden. Die Genehmigung würde üblicherweise die Auflage enthalten, dass Anlieger 72 Stunden vor Beginn der Maßnahme schriftlich informiert werden müssten. Dies habe aufgrund der kurzen Zeitspanne offensichtlich nicht mehr zeitgerecht erfolgen können. Die Verwaltung werde deswegen ein Gespräch mit dem Verursacher der Maßnahme, hier die RWE AG, führen.

8.3.4. Schaltung der Fußgängerampel Werdohler Straße/ Ecke Humboldtstraße

Ratsherr Dudas erläutert, dass die Fußgängerampel an der Königstraße/ Ecke Werdohler Straße (stadteinwärts) eigentlich nach Bedarf geschaltet würde. Allerdings sei diese zurzeit für den Fahrzeugverkehr, auch ohne Fußgänger, die dort die Straße überqueren möchten, auf „Rot“ geschaltet. Ratsherr Dudas bittet die Verwaltung um Abhilfe.

Frau Schubert, Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid, erklärt, dass bei dieser Lichtsignalanlage ein Kabelfehler vorliege. Für den Austausch des Kabels seien Tiefbauarbeiten erforderlich. Dieser Fehler sei dem STL bereits bekannt. Für die Maßnahme müsste eine Ausschreibung bzw. eine Preis Anfrage erfolgen, die bereits in Bearbeitung sei. Ein wenig Zeit würde bis zur Behebung des Fehlers noch benötigt.

8.3.5. Schaltung der Verkehrsampel am Oberstadttunnel Hochstraße/ Ecke Werdohler Straße

Ratsherr Dudas erläutert, dass die Ampelanlage am Oberstadttunnel Hochstraße/ Ecke Werdohler Straße ebenfalls nur nach Bedarf geschaltet würde, d. h. wenn Busverkehr aus der Werdohler Straße ausfahre, schalte die Ampel für den übrigen Verkehr auf „Rot“. Diese schalte zurzeit allerdings auch auf „Rot“, obwohl aus der Werdohler Straße kein Bus heraus fahren würde. Ratsherr Dudas betont, dass er bereits vor einem Jahr eine diesbezügliche Anfrage gestellt habe und bittet nun erneut um Abhilfe durch die Verwaltung.

Frau Schubert erläutert, dass bereits vor einem Jahr, nach der Anfrage des Ratsherrn Dudas, die Wartungsfirma zur Behebung des Fehlers beauftragt worden sei. Diese habe dem STL dann auch mitgeteilt, dass der Schaden behoben sei. Da der Fehler nun wieder auftrete, würde sie die Wartungsfirma erneut mit der Bitte um Überprüfung beauftragen.

8.3.6. Schaltung der Fußgängerampel Talstraße/ Ecke Neuenhofer Straße

Ratsherr Wilde erläutert, dass der Kindergarten in der Gartenstraße ihn angesprochen habe, da es den Erziehern kaum möglich sei, die Talstraße bei der Einfahrt zur Neuenhofer Straße zusammen mit den Kindern während einer Grünphase zu überqueren. Oftmals müssten Fahrzeuge sogar noch durch Handzeichen angehalten bleiben, damit alle Kinder bei einer bereits Grünphase für den Fahrzeugverkehr unversehrt die Straße überqueren könnten. Dieser Zustand der kurzen Grünphase für den Fußgängerverkehr sei nicht nur für Kinder, sondern auch für ältere Menschen, unzumutbar.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

8.3.7. Zustand der ehemaligen Trafostation Paulinenstraße/ Ecke Hohfuhstraße

Ratsherr Wilde erläutert, dass das Häuschen der ehemaligen Trafostation Ecke Paulinenstraße/ Hohfuhstraße in einem witterungsbedingten schlechten Zustand sei. Bereits vor 1,5 Jahren habe er diesbezüglich das Amt für Denkmalpflege informiert sowie den Bürgermeister angeschrieben und bis zu 50 Fotos von dem Objekt dem Schreiben hinzugefügt. In diesem Häuschen sei zudem ein wertvolles Fresko, das unter Denkmalschutz stehen würde. Ratsherr Wilde betont, dass er bis heute keine Antwort von der Verwaltung erhalten habe und bittet darum, dass sich die Verwaltung für die Verbesserung des Zustands verantwortlich fühle.

Verwaltung sagt Prüfung zu.

gez. Jens Holzrichter
Vorsitzender

gez. Rosenau
Schriftführerin